



„SCHULISCHES BOXTRAINING“ MIT DURCHSCHLAGENDEM ERFOLG

„Einzelfall“ Duisburg: 15-jähriger Bub prügelt Rektor krankenhausreif

Von JOHANNES DANIELS | Duisburg ist immer gut für prekäre ‚Schlagzeilen‘ im wahrsten Sinne des Wortes: Mit einem Blauen Auge kam der Schulleiter der „Gemeinschaftshauptschule Gneisenaustraße“ in Duisburg-Neudorf nach der Prügelattacke eines seiner liebevollsten Schutzbefohlenen davon und bewies neudeutsche „Nehmerqualitäten“. Ein 15-jähriger Hauptschul-Aggressor schlug am vergangenen Donnerstag brutal auf seinen Rektor ein. Dieser wurde dabei so schwer verletzt, dass er sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Folgt nun ein „Blauer Brief“ vom blauäugigen Direktor?

Durchschlagender Erfolg

Die Hauptschule Gneisenaustraße wirbt ausgerechnet auf ihrer Homepage mit schulischem „[Boxtraining zur Stärkung der Personality](#)“ ihrer wohl sehr schüchternen und weniger integrierten Schüler, sowie mit kultursensiblen „herkunftssprachlichen Unterricht“ mancher kleiner Schwerenöter zur besseren Integration – in ihren Kulturkreis.

Die Duisburger Polizei bestätigte jetzt die Prügelattacke auf

das Schuloberhaupt: „Wir ermitteln wegen einfacher vorsätzlicher Körperverletzung“, teilte Stefanie Bersin von der Polizei Duisburg mit. Details könne man zu dem Fall aber leider nicht sagen, denn die Ermittlungen liefen noch. Der mitgenommene Schulleiter war nach dem Angriff in der Unfallklinik behandelt worden und musste anschließend noch wegen eines geschwollenen Auges in die Augenklinik Duisburg-Nord.

Auf Anfrage wollte die Schulleitung sich zu dem Fall aber politisch korrekt nicht äußern: „Dazu darf ich nichts sagen. Bitte wenden Sie sich an die Bezirksregierung“, hieß es am Montag von der Schulleitung. Möglicherweise kann sich der unterlegene Rektor-Recke nach dem gezielten Knock-Out auf die Zwölf an keine unwichtigen Einzelheiten des „[Einzelfalls](#)“ mehr erinnern. Die Bezirksregierung als zuständige Schulaufsichtsbehörde bestätigte den Fall, will aber keine Details nennen: „Da es sich um ein laufendes Verfahren handelt, können wir Ihnen keine Informationen zur Tat und dem Tatverdächtigen mitteilen.“

Der gewalttätige Jugendliche soll zuvor schon Mitschüler geschlagen haben. Neudorf gilt nach den Ausführungen der *Rheinischen Post* „[eher nicht als sozialer Brennpunkt](#)“. An der Schule selbst versucht man allerdings, auch „schwierige Schüler zu disziplinieren“ und einen „erfolgreichen Schulabschluss für sie anzustreben“, wie es euphemistisch heißt. Darauf verweist auch die Stadt Duisburg auf ihrer Homepage. In einem entsprechenden Schulportrait heißt es dort, es gebe ein „pädagogisches Konzept in Anlehnung an die konfrontative Pädagogik“:

„BoxingForPersonality“

Seit Beginn des Schuljahres 2018/2019 erhalten die Schülerinnen und Schüler der 7. und 10. Jahrgangsstufe nun auch ein „Boxtraining“ geboten, um sich noch besser in der Duisburger Community durchzusetzen, wie einst ARD-Tatort-

Bereiniger [Horst Schimanski](#). Die ‚einschlägig‘ bekannte Willicher Sportschule ermögliche den Schülern mit dem Kick-Off-Projekt „[boxingforpersonality](#)“ einen Einblick in das klassische Boxtraining, das von erfahrenen und qualifizierten Trainern durchgeführt wird. Ausgerechnet in enger Zusammenarbeit mit einer „Betriebskrankenkasse“. Perfekte Marketing-Akquise im Neugeschäft!

Die Jugendlichen haben dabei die Möglichkeit, „die verschiedenen Techniken des Boxens kennen zu lernen und auszuprobieren“. Dabei werden grundlegende Fähigkeiten wie Disziplin, Konzentration, Durchhaltevermögen und Teamarbeit trainiert. Im Laufe des aktuellen Schuljahres werden dann weitere Jahrgangsstufen am Schlag-Training teilnehmen können – trotz des jüngsten Personality-Ausfalls. Die Schulleitung wird dabei wohl „ein Auge zu drücken“, denn Geben ist seliger als Nehmen.

„Diskriminierung hat viele Gesichter“ – oft mit blauen Veilchen

Die NRW-Bezirksregierung in Duisburg verweist auf eigene Konzepte der Schulen zum Umgang mit Gewaltdelikten. Deshalb gebe es bei der Bezirksregierung natürlich „[auch keine Zahlen über Gewalttaten an Schulen](#)“. Bei der Durchführung von Ordnungsmaßnahmen würden die Schulen aber durch die Schulaufsicht beraten:

„Gewalt an Schulen ist natürlich immer ein Thema, aber dass ein Schüler auf einen Lehrer einschlägt, ist auch in Duisburg ein Einzelfall. Der letzte uns bekannte Fall liegt schon Jahre zurück“, erklärte die Duisburger Stadtsprecherin Susanne Stölting.

Welche Konsequenzen der freche Nachwuchs-„Muhammad-Ali“ außer der „strafrechtlichen Verfolgung“ (lol) zu tragen habe, sind zurzeit noch unklar. Über mögliche „schulische Maßnahmen“ werde in der Schule beraten, teilte die Bezirksregierung mit.

Geplant sei aber ein „Thementag zu den Bereichen Konfliktbewältigung und Sensibilisierung“ für verschiedene Formen von Gewalt – insbesondere wohl für den geschundenen Lehrkörper. Es ist in NRW nicht anzunehmen, dass auch dieser nun einige Extra-Einheiten „boxingforpersonality“ auf Steuerkosten erhält.

Die Fahne hoch!

Der Rektor des Duisburger Steinbart-Gymnasium ist dagegen fein raus: Sein Institut ist eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und vor allem: ohne Gewalt! Das Gymnasium wurde auch bereits für sein „[Engagement für Flüchtlinge und gegen PEGIDA](#)“ ausgezeichnet und geehrt. Laut WAZ halten an dieser Duisburger Eliteeinrichtung „Schüler und Lehrer [die Fahne der Toleranz](#) hoch“, denn „Diskriminierung hat viele Gesichter“, manche aber bereits etwas ramponiert im Merkeljahr 2019. Mit Aktionen prangern die jungen Menschen seither regelmäßig „Mobbing und Diskriminierung“ an – auch gegen hier-schon-länger-resignierende Lehrkräfte? Etwa 20 Prozent der zukünftigen jugendlichen Akademiker, Vermöbelsteuer- und Rentenzahler haben dort einen Migrationshintergrund, anders als an der Gemeinschaftshauptschule Gneisenaustraße.

Laut „[Spiegel](#)“ werden der schlagfertige Personality-Eleve und seine fürsorglichen Eltern „jetzt von der Jugendgerichtshilfe begleitet“. Ein Schlag ins Gesicht für jeden Steuerzahler!



AfD-Hammer im Osten – BILD-Beben in der Birne

Von PETER BARTELS | Bei BILD hatten sie nach dem AfD-Siegen im Osten eine Idee. Neiiiin, nicht, wie das Blatt vielleicht doch noch gerettet werden könnte, dass sie linientreu von über fünf auf unter eine Millionen gemeuchelt haben. Nuur, wie die letzten Leser im Westen noch mal richtig verarscht werden können. Im Osten gibt's ja so gut wie keine mehr. Die allerletzten sind allesamt importierte Wessis ...

Die grandiose Idee: [„Wahlbeben im Osten! Dürfen die Wessis sauer sein?“](#) Dann: „In Sachsen liegt die AfD nur knapp unter der 30-Prozent-Marke. In Brandenburg weit über 20 Prozent. Werte, von denen die AfD im Westen nur träumen kann. Darf man im Westen ... sauer sein, wenn im Osten zwei Bundesländer die AfD fast zur stärksten Partei machen?“

- Nikolaus WESSI Blome (55): „Das denkt man im Westen“
- Christian OSSI Langbehn (36): „Das denkt man im Osten“

Wessi Blome first ...

„Eine AfD, die gegen alles Fremde und „den Westen“ Stimmung macht, die mit Putin flirtet – und Deutschland mit der DDR gleichsetzt ...? Ja, liebe „Ossis“, da darf man sauer sein.“ ... So beginnt Schäl Blome, geliebter Backpfeifen-August (Staats-TV PHOENIX) von „Tünnes“ Jakob, dem Kuckuckskind von Rudolf Augstein. Dann schleimt Männeken Pieps:

„Dankbarkeit gibt es nicht in der Politik ... Warum eigentlich nicht? Die Wiedervereinigung hat Freiheit, Rechtsstaat, D-Mark und Umweltschutz in die kaputte DDR gebracht ... Billionen ... Gerade erst wurden neun Milliarden Euro für den Ausstieg aus der Braunkohle beschlossen ... Deshalb muss niemand auf offener Straße dauernd „danke, danke“ rufen. Aber eine Partei wählen, die das alles verlacht und verleugnet, das muss auch nicht

sein ... Eine Partei, die mit Neonazis mehr als nur kokettiert ...“

Wut ist stärker als Scham...

Gelügelt bis gelogen? BILD-Banause Blome kann's noch linientreuer: „Dass die Wut so vieler Bürgern stärker ist als die Scham, so eine Partei zu wählen, das ist rational nicht zu erklären: Die Arbeitslosigkeit im Osten ist nahe an West-Niveau. Löhne und Renten steigen, die ...“ Und dann greint er: „Verzicht auf ... Handynetz, Busverkehr, Polizeidienststelle, Bäckerei ... gibt's auch in Westdeutschland – sie wählen nur bei Weitem nicht so stark und flächendeckend AfD. Warum, zum Teufel ... in Scharen eine Partei, die Andersdenkenden, Andersartigen jeden Respekt verweigert ... Das erklär mir mal einer.“

Das Kerlchen listet tatsächlich ein paar Gründe auf, warum der Osten nicht GRÜN wählt, warum er rot sieht, wenn er an den Westen denkt, Blau, AfD, wählt. Und verschweigt natürlich in voreilendem Gehorsam weiter die wahren Gründe: Der Ossi will Deutscher in Deutschland bleiben; schließlich hat er 40 Jahre nicht nur auf Bananen gewartet ... Der Ossi will Vater, Mutter und Kind... Der Ossi will weder Röckchen tragen, noch Moslem werden. Der Ossi will lieber seine braune Kohle, weil die auch dann wärmt, wenn die grüne Sonne nicht scheint ... Der Ossi will seine Wälder nicht für die 150 Meter hohen Vögel-Massenmörder der grünroten Öko-Götzen abholzen lassen, wie die Wessis Grimms Märchenwald ...

Ossi Langbahn second ...

BILD hat auch Ossis in der Redaktion, Christian Langbehn zum Beispiel. Hoffnung auf wahre Wahrheit? Vergeßt es. Wie die Blockwarte befehlen knallt er gehorsam die Hacken zusammen : „Ja, man darf sauer sein! Für mich ist und bleibt die AfD eine unwählbare Rechtsaußen-Partei ... Das einzig Positive, was ich dem Teilerfolg dieser Populisten am Wochenende entnehmen kann:

dass der Blick Richtung Osten endlich wieder geschärft ist.“ Dann bedankt er sich für die kürzliche Beförderung, weiß prompt und gehorsamst, warum die Ossi AfD wählen:

„Für einen Großteil war es schon immer „nur“ ein Ruf an die Parteien: Nehmt uns nicht als Bittsteller, nicht als Hilfesuchende wahr, sondern als Deutsche. Soli? Ich zahle ihn ja auch. Und gern.“ Das „Gefühl“ vieler Ossi das er anmahnt, klingt nach SED-LINKE: Abgehängt, überrumpelt ... „Mit der Wende für Wessi haben sich (nur) die Postleitzahlen geändert, der Osten brach wie ein Kartenhaus zusammen.“

Dass der SED-Staat ein Kartenhaus war, könnte Langbehn heute kurz in der Neuen Zürcher Zeitung nachlesen. Aber das Bübchen, das bei der Wende sechs Jahre alt war, verfälscht lieber seine Helden-Biografie, wie Pastoren, die Präsidenten wurden, je nun; „WIR (er schreibt „wir“!!) sind damals auf die Strasse gegangen, um für Freiheit zu kämpfen. Reisefreiheit.Pressefreiheit.Meinungsfreiheit („wir“, also er, war sechs!!)“

Wessi-Wagner widerspricht Wurzel-Ossi

Er merkt nicht mal, dass er genauso lügt, wie einst BILD-Totengräber Kai Diemann, der ins Blatt diktierte, die Hunderttausenden strammen, jungen Mäbner, die er mit Merkel ins grenzenlose Germoney lockte, seien Ärzte, Ingenieure und Facharbeiter, die unsere Rente verdienen würden. Sie jobbten dann nur zu Silvester am Kölner Dom, aber heute täglich im Park ...

Aber Ex-Ossi Langbehn weiß, wenn auch nur gefühlsmäßig, dass viele Ostbürger sich als Bürger zweiter Klasse fühlen. Natürlich n i c h t , weil sie, wie Merkels Gäste vom Gehalt bis zur Wohnung, zum bezahlten Heimurlaub alles geliefert bekommen. Sondern nur, weil sie AfD wählen.Was nützen da die sanierten Sehenswürdigkeiten in den Städten, wenn man auf dem Land keine Arbeit findet? ... Der geborene Besserwessi Wagner

widerspricht dem Meldeamt-Wessi mit Ossi-Wurzeln unter rührseligen Grappa-Tränen: „Unser schönes Ostdeutschland mit seinen Seen, Flüssen, seinen Gebirgen, seinen prunkvollen Schlössern ist ein Kulturerbe. Kein AfD-Erbe.“

Zum Glück ist bei BILD noch ein offenbar unbeugsamer Ossi mit gesundem Menschenverstand (er war 24 bei der Wende): Ralf Schuler. Er hält heute die Grabrede auf die SPD (Sachsen 7,7 %): „Große Gaudi zum kleinen Preis: Die SPD hört die Signale – aber längst nicht mehr die der wegbleibenden Wähler ... Die Roadshow zum Vorsitz ... klingt bedrohlich nach jenem „letzten Gefecht“, von dem in der „Internationalen“ die Rede ist. Allerdings in eigener Sache.“

Immer weiter unverdrossen, Genossen ... Die FDP ist schon weg ... die SPD so gut wie ... Und BILD bemüht die letzten Sprossen ... Als nächstes ist Thüringen dran ...AfD, weiter, ran!!



Ex-BILD-Chef Peter Bartels.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Pe
te
r
Ba
rt
el
s
wa
r
zu

sa
mm
en
mi
t
Ha
ns
-
He
rm
an
n
Ti
ed
je
zw
is
ch
en
19
89
un
d
19
91
BI
LD
-
Ch
ef
re
da
kt
eu
r.
Da
vo

r
wa
r
er
da
se
lb
st
üb
er
17
Ja
hr
e
Po
li
ze
ir
ep
or
te
r,
Re
ss
or
tl
ei
te
r
Un
te
rh
al
tu
ng
,
st

el
lv
. *Ch*
ef
re
da
kt
eu
r,
im
"S
ab
ba
tj
ah
r"
en
tw
ic
ke
lt
e
er
al
s
Ch
ef
re
da
kt
eu
r
ei
n
TV
-

un
d
ei
n
Me
di
zi
n-
Ma
ga
zi
n,
lö
st
e
da
nn
Cl
au
s
Ja
co
bi
al
s
BI
LD
-
Ch
ef
ab
;
Sc
hl
ag
ze
il

e
na
ch
de
m
Ma
ue
rf
al
l:
"G
ut
en
Mo
rg
en
,
De
ut
sc
hl
an
d!
".
Un
te
r
"R
am
bo
"
Ti
ed
je
un
d
"D

ja
ng
o"
Ba
rt
el
s
er
re
ic
ht
e
da
s
Bl
at
t
ei
ne
Au
fl
ag
e
vo
n
üb
er
fü
nf
Mi
ll
io
ne
n.
Da
na
ch

CR
BU
RD
A
(S
UP
ER
-
Ze
it
un
g)
,
BA
UE
R
(R
EV
UE
),
Fa
mi
li
a
Pr
es
s,
Wi
en
(T
äg
li
ch
Al
le
s)
.

In
se
in
em
Bu
ch
"D
ie
Wa
hr
he
it
üb
er
de
n
Ni
ed
er
ga
ng
ei
ne
r
gr
oß
en
Ze
it
un
g"
(h
ie
r
be
st
el

le
n!
)
be
sc
hr
ei
bt
Ba
rt
el
s,
wa
ru
m
BI
LD
bi
s
20
16
ru
nd
3,
5
Mi
o
se
in
er
tä
gl
ic
he
n
Kä
uf

er
ve
rl
or
;
in
zw
is
ch
en
me
hr
al
s
4
Mi
o.
Ba
rt
el
s
is
t
zu
er
re
ic
he
n
üb
er
FB
un
d
se
in
en



Kulturelle Bereicherung durch muslimische Einwanderung nicht belegbar

Von STEFAN SCHUBERT | Der Triumph der AfD im Osten zeigt, dass eine große Anzahl der Menschen eine bürgerlich-konservative Politikwende herbeisehnt. Doch trotz dieses hohen Anteils konservativer Wähler, wird in Hinterzimmern eine weitere linke Regierung aufgestellt. Es ist somit zu befürchten, dass sich die grundgesetzwidrige Masseneinwanderung unter dem Missbrauch des Asylrechts unkontrolliert fortsetzt. Grundsätzlich ist es zwingend erforderlich, die gezielten Pro-Islam-Kampagnen des Mainstreams zu hinterfragen und die zahlreichen Falschnachrichten zu demaskieren, wie etwa bei der

gebetsmühlenartigen Behauptung einer angeblich kulturellen Bereicherung durch eine millionenfache muslimische Einwanderung.

Die selbsternannten Eliten der Republik betreiben eine unverantwortliche Migrationspolitik. Diese suggerieren der Bevölkerung einerseits, dass man keinerlei Einfluss auf die Zusammensetzung des nicht endenden Einwanderungsstroms habe oder diesen gar an der Grenze stoppen könnte. Andererseits wird behauptet, es werde keinerlei gravierende Folgen für die deutsche Gesellschaft geben, dass mehrheitlich zwei Millionen alleinstehende Männer im wehrfähigen Alter, die zudem eine islamische Sozialisation durchlaufen haben, eingewandert sind.

Nicht die Flüchtlingskrise spaltet demnach das Land, sondern, genauer gesagt, eine kulturfremde muslimische Einwanderungswelle. Denn, wie man nicht oft genug betonen kann, sind diese muslimischen Männer oftmals durch eine archaische, frauenverachtende und islamische Sozialisation, einen im Islam weitverbreiteten Hass gegen »Ungläubige« sowie eine den Westen betreffende Verachtung geprägt. Dieser alarmierende Umstand trug maßgeblich zur Erstellung des aktuellen Buches [Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror: Wie der Islam unser Land bedroht](#) bei.

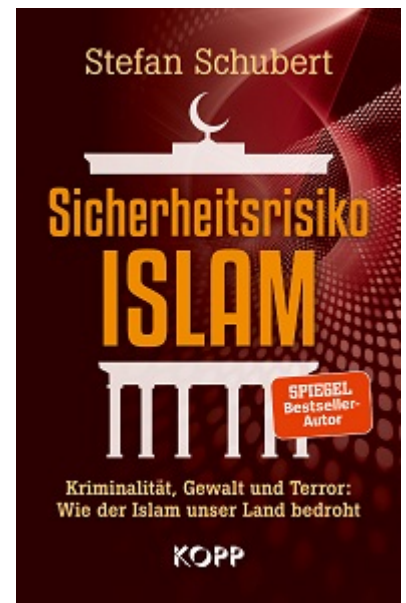
Anhand zahlreicher Statistiken und Studien hat auch Thilo Sarrazin in seinem Buch [Feindliche Übernahme](#) den Zusammenhang zwischen Rückständigkeit und Entwicklungsdefiziten von Ländern mit einem starken Bevölkerungswachstum belegt; »je bildungsferner, rückständiger und wirtschaftlich erfolgloser«, desto geburtenreicher sind diese Bevölkerungsgruppen. Die islamische Masseneinwanderung aus der Türkei nach Deutschland und aktuell aus Syrien, Irak, Afghanistan, Nigeria und den Maghreb-Staaten wurde aber jahrelang mit einem angeblichen Fachkräftemangel gerechtfertigt. Jetzt, nachdem hunderttausende »Flüchtlinge« monatliche Milliardenkosten in den Sozialkassen verursachen und sich dieser Zustand selbst mit manipulierten Statistiken nicht mehr verschleiern lässt,

sind Argumente dieser Art größtenteils verstummt.

Die Rückständigkeit der islamischen Welt wird auch durch einen Blick auf die seit 1901 vergebenen Nobelpreisträger für Physik, Chemie und Medizin bestätigt: Dort ist kein Preisträger aus einem islamischen Land verzeichnet. Desgleichen fällt ein Vergleich von Patentanmeldungen extrem negativ für islamische Länder aus. Diesen aussagekräftigen Innovationsindex führt Japan mit 276,07 Patentanmeldungen pro Million Einwohner an. Finnland liegt mit 143,55 Patenten auf dem vierten Rang, dicht gefolgt von den USA mit 129,12 und Deutschland mit 122,93 Patentanmeldungen pro Million Einwohner. Am unteren Ende dieser Statistik steht die Türkei mit 5,64 Patentanmeldungen pro Million Einwohner. Angesichts solcher Zahlen fragt man sich, worin die propagierte kulturelle Bereicherung durch die im Wesentlichen muslimische Masseneinwanderung denn konkret bestehen soll. Im vierten Do?nerladen in der Einkaufsstraße? In der dritten Shisha-Bar im Viertel? Oder der zweiten DITIB-Moschee im Stadtteil? Und wie ist eine kulturelle und wissenschaftliche Bereicherung für die einheimische Bevölkerung durch eine größtenteils bildungsferne muslimische Einwanderung tatsächlich denkbar? Antworten auf diese existentielle Frage bleibt der Mainstream schuldig.

Auch die Presse- und Meinungsfreiheit der westlichen Welt – bis hin zu einer satirischen Zuspitzung wie den Mohammed-Karikaturen – sind Muslime von ihren Einwanderungsländern her nicht gewohnt. Die Rangliste der Pressefreiheit der Organisation Reporter ohne Grenzen listet Deutschland für das Jahr 2018 auf Rang 15. Die letzten Positionen der Rangliste werden von islamischen Ländern dominiert: Platz 157 nimmt die Türkei ein, 160 Irak, 161 Ägypten, 162 Libyen, 164 Iran, 167 Jemen, 168 Somalia und 177 Syrien.

Bei dem World University Ranking, bei dem Times Higher Education (THE) jährlich 965 Universitäten aus aller Welt nach der Qualität ihrer Lehre und Forschung, dem Wissenstransfer und ihrem internationalen Ansehen bewertet und einordnet, ist das Ergebnis identisch: Auch dort ist eine kulturelle und wissenschaftliche Bereicherung durch die islamische Welt nicht auszumachen. 2017 wurden 965 Universitäten, davon 303 in angelsächsischen Ländern, 302 im restlichen Europa, 208 in Ostasien und 70 in islamischen Ländern, bewertet. Unter den ersten 200 Platzierten befinden sich 11 in angelsächsischen Ländern, 69 im restlichen Europa, jedoch keine einzige in einem islamischen Land.



Das Fazit über die Zustände innerhalb der islamischen Länder fällt desillusionierend aus: Islam, wissenschaftlicher Fortschritt und wirtschaftlicher Erfolg scheinen sich auszuschließen, und außer dem Abpumpen von Öl aus dem Wüstensand sind wenige wirtschaftliche Erfolgsgeschichten aus islamischen Ländern zu vermelden. Gekennzeichnet sind diese hingegen von wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Rückständigkeit sowie einer anhaltenden und sich verschärfenden Bevölkerungsexplosion bei gleichzeitiger Bildungsferne, mangelnder Meinungs- und Pressefreiheit und demokratischer Grundstruktur, aber einem ständigen Austragen kriegerischer Konflikte. Und dieses dystopische Resümee leitet sich keineswegs aus Vorurteilen, sondern aus unwiderlegbaren statistischen Ergebnissen ab. So erweist sich die seit Jahrzehnten propagierte angebliche kulturelle Bereicherung durch eine muslimische Masseneinwanderung nach Überprüfung einiger Parameter als gezielte Falschinformation. Die Daten der Nobelpreisträger, der Innovationsindex der Patentanmeldungen, die Rangliste der Pressefreiheit und das weltweite Hochschulranking sprechen ein eindeutiges Urteil.

Bestellinformation:

» Stefan Schubert – Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht, 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) oder [hier](#) bestellen!

(Der Text ist im Original erschienen bei kopp-report.de)



Ein falsches Wort – und raus bist Du!

Von MARKUS GÄRTNER | Es ist kaum zu glauben, aber wahr: Die ARD-Moderatorin Wiebke Binder spricht am Wahlabend im GEZ-Fernsehen von einer möglichen Kooperation zwischen CDU und AfD und verwendet dabei den Begriff „bürgerliche Koalition“. [Der Shitstorm](#), der noch während der laufenden Sendung losbrach, hat sich bis jetzt nicht beruhigt. Wie kann man nur so eklatant die Stallorder beim Sprachgebrauch des GEZ-TV verletzen?, lautet der zentrale Vorwurf zwischen den Zeilen.

Der Haussender von Frau Binder, der MDR, entschuldigte sich inzwischen. Doch wofür? Laut Wikipedia werden als bürgerliche Parteien bei uns solche bezeichnet, die „eine im Bürgertum fußende Ausrichtung der Politik vertreten“. Wird der AfD nicht stets „Populismus“ vorgeworfen, eine Politik, die sich am

Populus, dem Wahlvolk, ausrichtet?

Hat die AfD nicht in Sachsen und Brandenburg jede vierte Stimme bekommen? Aus dem Bürgertum der Wähler? Hat sie nicht addiert mehr Zweitstimmen in den beiden Ländern auf sich gezogen als die CDU? Und hat sie nicht mehr als zwei Millionen Wähler von den etablierten Parteien abgezogen?

Wenn das keine bürgerliche Partei ist, welche dann? Die absterbende SPD? Die siechende CDU vielleicht? Irgend ein PR-Genie muss den Berliner Parteien eingeblasen haben, dass sie auch begrifflich die sogenannte Mitte der Gesellschaft besetzen müssen, das Bürgertum, wenn sie jemals einen Teil der an die AfD verlorenen Wähler zurück gewinnen wollen. Anders sind das Gegröle und die Empörung im deutschen Blätterwald nicht zu verstehen.

Nun straft sich der Medien-Mainstream nach Kräften selber Lügen. Denn stets wird behauptet: Nein, eine Stallorder, einen sprachlichen und inhaltlichen Marschbefehl, den gibt es bei uns nicht! Und jetzt so etwas. – Wir haben den ganzen Betrieb gerade wieder beim Lügen erwischt ...

(Der Volkswirt Markus Gärtner, Autor von [„Das Ende der Herrlichkeit“](#) und [„Lügenpresse“](#), war 27 Jahre Wirtschaftsjournalist für die ARD und veröffentlicht jetzt regelmäßig Videokommentare für das Magazin [„Privatinvestor Politik Spezial“](#))



Die wichtigste Botschaft der Wahl im Osten

Von WOLFGANG HÜBNER | Es ist nicht alles anders nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg. Das war auch nicht zu erwarten. Gleichwohl sitzt der Schock im politisch-medialen Komplex tiefer als öffentlich zugestanden. Die Existenz einer politischen Partei, die sich nicht in das deutsche Machtkartell einordnen will (und darf!), ist ein gefährlicher Stolperstein für jene Kräfte, die mit rücksichtsloser Veränderung der Bevölkerungsstruktur, heuchlerischer Hypermoral, Genderideologie und Klimademagogie den National- und Sozialstaat zu zerstören drohen. Ob diese Kräfte wissentlich handeln oder Getriebene ihrer Verblendungen sind, ist unwichtig, weil im realen Leben nur das Resultat zählt.

Ein bedeutender Anteil der Wähler in den beiden östlichen Bundesländern will sich dieser Zerstörung nicht aussetzen. Es sind aber nicht die ganz jungen und auch nicht die alten Wähler, die sich vorrangig mit ihren Stimmen dem Machtkartell verweigern, sondern markant diejenigen, die mitten im Berufsleben stehen, also die Kosten für Schulen, Universitäten, Asylanten und Renten tagtäglich erarbeiten. Schulschwänzaktionen für die „Greta-Religion“ und „Omas gegen Rechts“ mögen für Medienrummel sorgen. Verweigerungsaktionen der arbeitenden Bevölkerung hingegen können Staat und Gesellschaft in den Grundfesten erschüttern.

Es gibt keinerlei Garantie, dass sich diese Verweigerung – ob

im Westen, ob im Osten – immer auf Wahlentscheidungen beschränkt wird. Und schon gar nicht ist das garantiert in ökonomisch unsicherer werdenden Zeiten. Aus einem Funken kann in unserer Zeit total vernetzter Kommunikation blitzschnell ein Steppenbrand entstehen, aus Verweigerung Widerstand. Deshalb muss der aktiv im Berufsleben stehende Anteil der Bevölkerung von den derzeit Mächtigen um jeden Preis bei Laune gehalten werden. Das wird aber gerade beim deutschen Wirtschaftsmodell eines extrem hohen Export- und Außenhandelsanteils immer schwieriger werden. Denn weder in den USA noch in China herrscht Kaufpflicht für „Made in Germany“.

Die berufstätigen Männer (und weniger Frauen), die in Sachsen und Brandenburg die AfD gewählt haben, sind in der Mehrzahl noch keineswegs konkret von Arbeitslosigkeit bedroht oder von nackter Existenzangst gepeinigt. Doch sie spüren sehr deutlich, dass etwas grundlegend falsch läuft in Deutschland. Und sie glauben immer weniger den korrumpierten Existenzen in Politik und Medien, die ihnen das Gegenteil einzutrichtern versuchen. Dass dieses Sensorium für Gefahr in den östlichen Landesteilen einstweilen noch besser entwickelt ist, schließt Lernprozesse der Berufstätigen im Norden, Westen und Süden Deutschlands nicht aus. Jeder Entlassene oder Zwangskurzarbeiter der Autobranche kann nämlich ganz rasch verstehen, was und wer ihm schadet.

Die wichtigste Botschaft der Wahl ist deshalb nicht der Erfolg einer mit geradezu allen Mitteln bekämpften Partei, sondern wer für diesen Erfolg ganz wesentlich gesorgt hat: Bedeutende Teile der arbeitenden, produktiv wertschaffenden, steuerzahlenden Menschen in der deutschen Gesellschaft. Das sind die echten „Gefährder“ der jetzigen Machtverhältnisse!



Doch ohne sie geht es nicht, geht nichts. Das ist ein echtes Dilemma des Machtkartells, das sich selbst in hundert Talkshows von Will, Maischberger und Lanz nicht wegdiskutieren lässt.

Für alle Patrioten in Deutschland ist diese Botschaft aus Sachsen und Brandenburg hingegen der Patentschlüssel für Erfolge nicht nur bei Wahlen, sondern auch auf den Straßen, in den Betrieben und überall da, wo sich die begegnen, die Deutschland und sich selbst nicht aufgeben wollen.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

[PI](#)
[-](#)
[NE](#)
[WS](#)
[-](#)
[Au](#)
[to](#)
[r](#)
[Wo](#)
[lf](#)
[ga](#)
[ng](#)

[Hü](#)
[bn](#)
[er](#)
sc
hr
ei
bt
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk

sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
. De
r
la
ng
jä
hr
ig

e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)

le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
. De
r
le

id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
se
in
e
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
er
re
ic
hb
ar
.



Grüne Ideen: Sollen die Berliner Polizisten alte Frauen kontrollieren?

Von EUGEN PRINZ | Von allen Bevölkerungsgruppen sind alte, weiße Frauen am gefährlichsten. Sie morden, stehlen, vergewaltigen, handeln im Görlitzer Park mit Drogen, verüben Terroranschläge und regeln Streitigkeiten meist mit dem Messer.

Statt dieser hoch kriminellen Kohorte verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen, kontrolliert die Polizei in ihrer Verblendung lieber junge Männer, nicht selten „Südländer“ oder Schwarze. Sie tut das in dem Wahn, dass diese Bevölkerungsgruppe häufiger zu den vorgenannten Straftaten neigt und man deshalb bei Kontrollen dort eher fündig wird, als bei einer 70-jährigen Oma.

Bald können die Drogenhändler die Polizei verklagen

Dieser unseligen Praxis der fehlgeleiteten Ordnungshüter will Berlins Justizsenator Dirk Behrendt (48, Grüne) jetzt ein Ende bereiten. Im kommenden Jahr soll das so genannte Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) in Kraft treten. Dieses ermöglicht jenen, die sich von einer Polizeikontrolle diskriminiert fühlen, die Beamten zu verklagen.

Wenn also zwei Polizisten im Görlitzer Park in Berlin einen bekannten Drogendealer aus Schwarzafrika überprüfen, kann er ihnen rassistische Motive für ihre Maßnahme unterstellen und mit ihnen wegen der Kontrolle vor Gericht ziehen.

Weil das noch nicht genug ist, legt ~~Juxsenator~~ Justizsenator Behrendt sogar noch einen drauf: Das Gesetz sieht eine sogenannte „Beweislastumkehr“ vor. Was bedeutet das? Um bei unserem Beispiel zu bleiben: Nicht der schwarzafrikanische Drogenhändler muss den Beamten nachweisen, dass ihre Kontrolle rassistisch motiviert gewesen ist, sondern die Polizisten müssen nachweisen, dass es nicht so war.

Das heißt: Allein die bloße Behauptung der Diskriminierung genügt und schon sind die Polizisten in der Bredouille. Zudem liegt die Beweispflicht bei ihnen und Sie können zusehen, wie sie aus dieser Nummer wieder herauskommen.

Bodo Pfalzgraf, Landes-Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), findet deutliche Worte für das geplante Gesetz:

„Die Regierung kriegt bei der organisierten Kriminalität keine Beweislastumkehr hin, stellt jetzt aber den gesamten öffentlichen Dienst unter Generalverdacht“,

Man braucht kein Prophet zu sein, um voraussagen zu können, welche Auswirkungen dieser Geistesblitz aus dem grünen Horrorkabinett auf die Dienstausbübung der Berliner Polizisten haben wird. Armes Berlin!

Abschließend lassen wir nach dem Landes-Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), auch noch den Bundes-Chef zu Wort kommen. Der weiß auch etwas dazu zu sagen:



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).